



RWA

OBERBÜRGERMEISTER		
13. JUNI 2019		
Nr.		
VII	1 Zur Kob.	3 Zur Stellungnahme
EP	2 X z.w.v.	2 Antrag vor Abien- dung vorlegen
		5 Antrag zur Unter- schrift vorlegen

i.v.
D. J. K.

Sehr geehrter Hr. Oberbürgermeister,

wir stellen gemeinsam folgenden Antrag:

- Die Stadt Nürnberg spricht sich gegen die restriktive Abschiebepaxis der Bayerischen Landesregierung aus.
- Die Stadt Nürnberg berichtet über die Details der Anfrage der bayerische Landespolizei an den Nürnberger Flughafen bezüglich dessen Nutzung für Sammelabschiebungen und die Stellungnahme des Flughafens.
- Die Stadt Nürnberg legt dem Stadtrat dar, welche Einflussmöglichkeiten sie auf die geplante Nutzung des Nürnberger Flughafens als Abschiebeflughafen hat.
- Die Stadt Nürnberg soll ihre Einflussmöglichkeiten und Handlungsspielräume als Anteilseigner der Flughafen Nürnberg GmbH ausschöpfen mit dem Ziel, die Nutzung des Nürnberger Flughafens als Abschiebeflughafen zu verhindern.

Begründung:

Hinter den Kulissen plant die bayerische Staatsregierung, dass Ausreisepflichtige vom Albrecht-Dürer-Flughafen aus in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Es ist zu befürchten, dass dies auch mit dem neuen „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ in Zusammenhang steht, dass neben vielen anderen Verschärfungen für „ausreisepflichtige“ Geflüchtete auch deutlich macht, dass nicht nur schneller, sondern auch mehr Personen abgeschoben werden sollen.

Nach Angaben der Nürnberger Nachrichten hat die bayerische Landespolizei beim Flughafen Nürnberg angefragt, ob hier die Logistik für Sammelabschiebungen vorhanden sind.

Abgeschoben wird in sogenannte sichere Herkunftsstaaten. Dazu gehören auch Kriegsländer wie Afghanistan. Daran sollte sich Nürnberg als Stadt des Friedens und Menschenrechte nicht beteiligen.

Özlem Demir

Özlem Demir
Stadträtin
DIE LINKE.

Elke Leo

Elke Leo
Stadträtin
Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Schrollinger

Thomas Schrollinger
Stadtrat
ÖDP